

Große Anfrage

der Fraktion der CDU

Situation des berufsbildenden Schulwesens in Rheinland-Pfalz

Berufliche Bildung in Deutschland basiert auf dem dualen Prinzip, der Partnerschaft zwischen den Lernorten Schule und Betrieb. Die berufsbildenden Schulen leisten in dieser Kooperation einen entscheidenden Beitrag sowohl für ein selbstbestimmtes Leben als auch zur Stärkung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und zur Standortsicherung.

Abbau von Unterrichtsausfall, qualifizierte und bedarfsgerechte Personalpolitik, curriculare und methodische sowie organisatorische Entscheidungen sind Grundlage für die Leistungsfähigkeit des berufsbildenden Schulwesens.

Technisch bedingter Wandel der beruflichen Anforderungen, zunehmender Prozess der Globalisierung, Verkürzung der Innovationszyklen, die Entwicklung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die daraus resultierende Forderung nach lebenslangem Lernen stellen die berufliche Bildung vor besondere Herausforderungen und begründen einen Reformbedarf auch in den berufsbildenden Schulen.

Die Kultusministerkonferenz hat im Jahre 1998 mit den „Überlegungen der KMK zur Weiterentwicklung der Berufsbildung“ eine Mängelliste erstellt, aus der für die einzelnen Länder Handlungsbedarf abzuleiten ist. Angesichts der hervorragenden Erfahrungen in Deutschland mit dem dualen Ausbildungssystem, um das Deutschland international beneidet wird, sind alle Veränderungen in enger Abstimmung mit dem Partner in der beruflichen Bildung, der Wirtschaft, vorzunehmen. Zukunftsorientierte Berufsausbildung und die Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit bzw. die ausreichende Bereitstellung von Ausbildungsplätzen kann nur im Miteinander der Ausbildungspartner gewährleistet werden. Darüber hinaus ist die berufsbildende Schule eine fest verankerte Säule im Bildungswesen, die auch einen wertebildenden und wertepflegenden Erziehungsauftrag hat über die reine Vermittlung von Handlungsfertigkeiten hinaus.

(Anmerkung: Soweit im Folgenden lediglich männliche Formulierungen gewählt werden, ist damit auch die weibliche Form gemeint!)

Wir fragen die Landesregierung:

I. Schüler, Lehrkräfte, Klassen

1. Wie hat sich seit dem Schuljahr 1995/1996 die Zahl der Schüler entwickelt
 - a) absolut,
 - b) prozentual?
2. Wie hat sich seit dem Schuljahr 1995/1996 die Zahl der Lehrer(-Fälle) entwickelt
 - a) absolut,
 - b) prozentual?
3. Wie hat sich seit dem Schuljahr 1995/1996 die Zahl der Klassen entwickelt
 - a) absolut,
 - b) prozentual?
4. Wie hat sich die Schüler-/Lehrer(-fall-)relation seit dem Schuljahr 1995/1996 entwickelt?
5. In welcher Schulform der berufsbildenden Schulen ist seit dem Schuljahr 1995/1996 prozentual der stärkste Schüleranstieg zu verzeichnen?

6. Wie hat sich seit dem Schuljahr 1995/1996 absolut und prozentual die Zahl der Schülerinnen und Schüler entwickelt, die das berufsbildende Schulwesen verlassen haben mit
 - a) qualifiziertem Sekundarabschluss I (Mittlere Reife) – gegliedert nach Schulformen,
 - b) Fachhochschulreife – gegliedert nach Schulformen,
 - c) Abitur?
7. Wie haben sich seit dem Schuljahr 1995/1996 die Schülerzahlen (absolut und prozentual) in den berufsbildenden Schulen entwickelt
 - a) im gewerblich/technischen Bereich,
 - b) im kaufmännisch/verwaltenden Bereich,
 - c) im Bereich Hauswirtschaft/Soziales?
8. Wie haben sich in der Berufsschule seit dem Schuljahr 1995/1996 die Schülerzahlen (absolut und prozentual) entwickelt entsprechend den einzelnen Ausbildungsberufen
 - a) im gewerblich/technischen Bereich,
 - b) im kaufmännisch/verwaltenden Bereich,
 - c) im Bereich Hauswirtschaft/Soziales?
9. Wie haben sich – bezogen auf die Antwort zur Frage 8 – die Anteile von männlichen und weiblichen Schülern entwickelt?
10. Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Lehrkräfte an den berufsbildenden Schulen?
11. Mit welchem Durchschnittsalter scheidet Lehrkräfte an rheinland-pfälzischen berufsbildenden Schulen aus dem Dienst?
12. Mit welchem altersbedingten Ausscheiden von Lehrkräften aus dem Dienst rechnet die Landesregierung in den nächsten fünf Jahren in den berufsbildenden Schulen
 - a) entsprechend den in Fragen 7 und 8 angesprochenen Bereichen/Fachrichtungen,
 - b) entsprechend den Unterrichtsbefähigungen?
13. Mit welchem Einstellungsbedarf rechnet die Landesregierung für die nächsten fünf Jahre in den berufsbildenden Schulen
 - a) entsprechend Bereichen/Fachrichtungen,
 - b) entsprechend den Unterrichtsbefähigungen?
14. Wie viele Lehramtsbewerber werden derzeit in den Studienseminaren ausgebildet?
15. Wie ist der Auslastungsgrad der Seminarkapazität? Wie viele Plätze blieben in den vergangenen drei Jahren jeweils bzw. sind unbesetzt?
16. Wie viele Studierende sind
 - a) für das Fach Wirtschaftspädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz,
 - b) für das höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen an der Universität Kaiserslautern eingeschrieben – gegliedert nach Fachsemestern?
17. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation der fächerbezogenen Bedarfsdeckung des Nachwuchses für das höhere Lehramt an berufsbildenden Schulen in den nächsten fünf Jahren – auch hinsichtlich eventuell besserer Beschäftigungsbedingungen im Schuldienst anderer Bundesländer oder in der Wirtschaft für hoch qualifizierte Hochschulabsolventen?
18. Wie beurteilt die Landesregierung die Situation der fächerbezogenen Bedarfsdeckung des Fachlehrernachwuchses?
19. Mit welchen Maßnahmen versucht die Landesregierung sicherzustellen, dass rechtzeitig mit Ausscheiden der Lehrkräfte aus dem Dienst fächerspezifischer Nachwuchs eingestellt werden kann?
20. Wie hoch ist der Anteil der Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der Lehrerinnen und Lehrer in Rheinland-Pfalz?
21. Wie hoch ist der Anteil der vom Staatlichen Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung angebotenen Veranstaltungen speziell für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen im Verhältnis zur Gesamtzahl der angebotenen Veranstaltungen?
22. Mit welchen Maßnahmen wird die Lehrerfort- und -weiterbildung dem besonderen Fort- und Weiterbildungsbedarf der berufsbildenden Schulen gerecht, der sich ableitet z. B. aus der hohen Zahl der Lehrkräfte, der Vielzahl der Schulformen, der Vielzahl der Bildungsgänge und unterschiedlichen Fächer oder den immer kürzer werdenden Innovationszyklen in allen Bereichen der beruflichen Bildung?

23. Wie gewährleistet die Landesregierung zumindest die Fortführung der Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen auf bisherigem Niveau vor dem Hintergrund ihrer Ankündigung, zukünftig grundsätzlich Fort- und Weiterbildung der einzelnen Lehrkräfte nur noch genehmigen zu lassen, wenn dadurch kein zusätzlicher Unterricht ausfällt angesichts des immer noch extrem hohen Unterrichtsausfalls an den berufsbildenden Schulen?

II. Jugendarbeitslosigkeit

1. Wie hat sich seit dem Jahre 1995 in Rheinland-Pfalz die Zahl der Jugendlichen, die nach einer erfolgreichen beruflichen Erstausbildung keine Beschäftigung gefunden haben (Jugendarbeitslosigkeit), entwickelt?
2. Wie hat sich die Zahl der Jugendlichen seit dem Schuljahr 1995/1996 in Rheinland-Pfalz entwickelt, die nach Verlassen der allgemein bildenden Schulen ohne Ausbildungsvertrag in beruflichen Pflichtschulen aufgenommen wurden?
3. Welchen prozentualen Anteil machten die in Frage 2 angesprochenen Jugendlichen jeweils aus an der Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler in der Berufsschule
 - a) jahrgangsbezogen,
 - b) bezogen auf die Gesamtschülerzahl in der Berufsschule?

III. Schulformen, Bildungsgänge, neue Ausbildungsberufe, neue Medien

1. Wie hat sich der Anteil der Schüler gemessen an der Gesamtzahl der Schüler in den berufsbildenden Schulen entwickelt
 - a) in der Berufsschule,
 - b) in den beruflichen Wahlschulen (insgesamt und gegliedert nach Schulformen)?
2. An welchen Standorten berufsbildender Schulen werden Angebote vorgehalten zur Ausbildung in den neuen Berufsbildern in den informationstechnischen Berufen, zum Mechatroniker und zum Mediengestalter (Angaben bitte nach Berufsbildern getrennt)?
3. Wie hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den in Frage 2 genannten Berufsausbildungsgängen entwickelt?
4. Gibt es regionale Schwerpunkte, nach denen an den berufsbildenden Schulen Medienausbildung betrieben wird? Wenn ja, welche?
5. Wie verhalten sich Angebot und Nachfrage nach Ausbildung in den neuen Medienberufen zueinander?
6. Wie hoch ist die Ausstattung mit
 - a) internetfähigen Computern,
 - b) internetangeschlossenen Computern,
 in den berufsbildenden Schulen bezogen auf die Schülerzahl (Schüler pro Computer)?
7. Wie viele vernetzte Computerplätze gibt es im Durchschnitt an den berufsbildenden Schulen?
8. Mit welchen Maßnahmen – über den als ersten Einstieg betrachteten finanziellen Zuschuss von ca. 5 000 DM/Schule/Jahr hinaus – gewährleistet die Landesregierung eine aufgaben- und fachgerechte Systembetreuung in der Datenverarbeitung?
9. Mit welchen Maßnahmen qualifiziert die Landesregierung alle Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen im Umgang mit der Computertechnik sowie im unterrichtlichen Einsatz von Multimedia?
10. Hält die Landesregierung die Anteile für die medienpädagogische Ausbildung
 - a) in der ersten Ausbildungsphase für Lehrerinnen und Lehrer,
 - b) in der zweiten Ausbildungsphase für Lehrerinnen und Lehrer
 für ausreichend?
 Wenn ja, ist die Landesregierung bereit, hinlängliche Multimediakompetenz als Einstellungskriterium in den Schuldienst zugrunde zu legen?
 Wenn nein, mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Landesregierung, die medienpädagogische Ausbildung in den beiden Phasen der Lehrerausbildung kurzfristig deutlich zu stärken?

IV. Reform der beruflichen Bildung

1. Wie beurteilt die Landesregierung die in ganz Deutschland festzustellende Tendenz der so genannten „Verstaatlichung“ der Berufsausbildung mit Zunahme der rein schulischen Berufsausbildungsgänge?
2. Wie beurteilt die Landesregierung Vorschläge, zunehmend duale (Praxis-)Elemente in die Ausbildung in Vollzeitschulen aufzunehmen?

3. Inwieweit hat die Landesregierung Ansätze für modularisierte Bildungsgänge in den berufsbildenden Schulen umgesetzt, und welche weitere Entwicklung ist eingeleitet?
4. Mit welchen didaktischen und methodischen Ansätzen entspricht die Landesregierung den Herausforderungen der Globalisierung?
5. Wie hoch sind die Anteile des Fremdsprachenunterrichts
 - a) in den Stundentafeln,
 - b) im tatsächlich erteilten Unterricht im Schuljahr 1998/1999 in den Fremdsprachen?
6. Welche Grundlagen sichert die Landesregierung im Unterricht der berufsbildenden Schulen, um den Erfordernissen des lebenslangen und selbstständigen Lernens noch stärker als bisher zu entsprechen?
7. Nach welchem Konzept verfolgt die Landesregierung die Verbindung zwischen erstberuflicher Ausbildung und beruflicher Weiterbildung/berufsbegleitendem Lernen?
8. Wie sollen zukünftig die Anteile für die berufliche Weiterbildung auf die Partner Schule und Betrieb verteilt werden?
9. Beabsichtigt die Landesregierung, zukünftig verstärkt Anteile der erstberuflichen Ausbildung in die Phase der Weiterbildung zu verlagern?
10. Sieht (wenn ja, welche?) die Landesregierung Gefahren für den allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag der berufsbildenden Schule, wenn die Zeit- und Inhaltsanteile der Berufsausbildung aus der Schule heraus in großem Umfang in die Weiterbildung verlagert werden?
11. Mit welchen konkreten Maßnahmen wird die Landesregierung die Lernortkooperation weiter verstärken?
12. Mit welchen konkreten Maßnahmen versucht die Landesregierung, Qualitätssicherung auch in den berufsbildenden Schulen zu gewährleisten?
13. Wie wird in den berufsbildenden Schulen die Qualifizierung der Absolventen der allgemein bildenden Schulen beurteilt als Basis für die zukunftsorientierten beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen?
14. Wie beurteilt die Landesregierung Vorschläge, in allgemein bildenden Schulen Praxisbezüge (z. B. Praxistage, Praktika) auszuweiten, um über diese Anschauung Lernmotivation in der Berufsausbildung zu stärken?

Für die Fraktion:
Franz Josef Bischel